

Freiwilligendienste stärken oder Pflichtdienst fordern?

Chancen und Perspektiven

Mathias Schmitten
Zentrum Freiwilligendienste
21.05.2023

Zentrum Freiwilligendienste Diakonie RWL

wir begleiten

- jährlich über 2000 Freiwilligendienstleistende
- im Alter von 16 bis 80 Jahren
- mit aktuell 69 Nationalitäten
- mit den verschiedensten Bildungsabschlüssen, ökonomischen und sozialen Hintergründen, Religionen und Weltanschauungen, Geschlechtsidentitäten, usw.

in über 1200 Einsatzstellen

- z.B. in Kitas, OGS, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Bahnhofsmissionen, Altenhilfeeinrichtungen, Jugendgästehäusern, sozialpsychiatrischen Wohngruppen, Frauenhäusern, Obdachlosenunterkünften, Hospizen, Kirchengemeinden, Krankenhäusern und Demenzcafés



Mathias Schmitten

Leitung Zentrum Freiwilligendienste
Sprecher Fachausschuss FWD der LAG FW

Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. -
Diakonie RWL
Geschäftsstelle Düsseldorf
Lenastraße 41
40470 Düsseldorf

m.schmitten@diakonie-rwl.de
0211 6398-459

Einordnung der Option Dienstpflicht

Gründe, die für eine Dienstpflicht angeführt werden

- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Abbau von Vorurteilen, Wertevermittlung
- Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit durch Bundeswehr als Wehrpflichtarmee, Möglichkeit der Nachwuchsakquise für die Bundeswehr
- Schließung von Arbeitskräftelücken und Nachwuchsakquise im Sozial- und Gesundheitswesen
- vergleichsweise geringe Kosten

Haltung der Parteien

- innerhalb der CDU haben Dienstpflicht/Gesellschaftsjahr aktuell eine knappe Mehrheit
- innerhalb der CSU gibt es Sympathien (aktuell nicht mehrheitsfähig)
- in Teilen der SPD gibt es Sympathien (aktuell nicht mehrheitsfähig)
- in den anderen demokratischen Parteien ist die Dienstpflicht aktuell deutlich nicht mehrheitsfähig
- alle Partei-Jugendorganisationen lehnen eine Dienstpflicht sehr deutlich ab

Wie wird der Gedanke in der Bevölkerung aufgenommen?

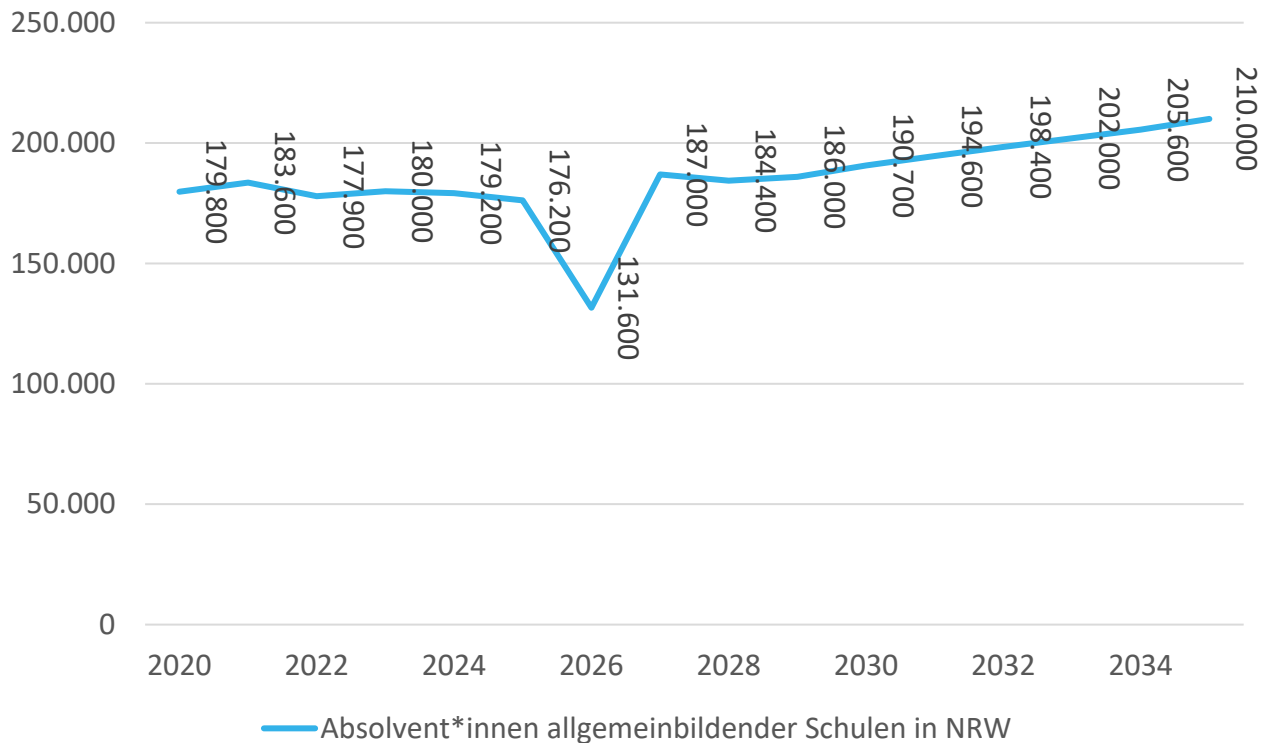
- breite Mehrheit in der Bevölkerung für einen Pflichtdienst (z.B. 69%, *ZDF Trendbarometer*), dabei nimmt die Zustimmung in allen Umfragen mit dem Alter der Befragten zu, am höchsten liegt die Zustimmung in der Gruppe 60+.
- die direkte Zielgruppe spricht sich deutlich gegen einen Pflichtdienst aus, unter den Befragten 14 bis 29-jährigen sind nur 22% der jungen Männer und nur 11% der jungen Frauen für einen Pflichtdienst (z.B. *Jugend in Deutschland*)
- diese Werte sind über die letzten Jahre relativ zeitstabil (etwa 2/3 Zustimmung in der Bevölkerung), wobei die Schere zwischen jung und alt sich in den vergangenen Jahren deutlich geöffnet hat

Ein paar Zahlen

Vergleich: 2008

- ca. 750.000 bis 800.000 Absolvent*innen allgemeinbildender Schulen pro Jahr
 - davon wären ca. 600.000 als jährliches Potential für eine Dienstpflicht verfügbar
 - ca. 100.000 Menschen pro Jahr absolvieren einen Freiwilligendienst
 - ca. 9.000 Menschen pro Jahr absolvieren einen Freiwilligen Wehrdienst
- 68.000 Wehrdienstleistende,
 - ca. 85.000 Zivildienstleistende
 - ca. 25.000 Freiwilligendienstleistende

Zahlen für NRW



- 9500 TN im FSJ
- 8500 TN im BFD
- inkl. TN aus dem Ausland & BFDü27

- Ein (Inlands-)Freiwilligendienst kostet aktuell unter Heranziehung aller Kosten (exkl. Strukturkosten Bund/Länder) i.d.R. zwischen 1200 € und 1500 € / Monat
 - **aktuell tragen die Träger / Einsatzstellen i.d.R. ca. 2/3 dieser Kosten**
 - **die Kosten im Freiwilligen Wehrdienst fallen deutlich höher aus**
- Freiwillige erhalten aktuell maximal 438,- Taschengeld (Obergrenze 2023) ggf. zzgl. Sachleistungen, der tatsächlich ausgezahlte Wert liegt aktuell oft niedriger
 - **fraglich wäre die Höhe der Bezüge während eines Pflichtdienstes**
- im Rahmen eines Pflichtdienstes müssten zusätzlich die Opportunitätskosten der ausfallenden Erwerbstätigkeit berücksichtigt werden

Allgemeine Probleme

- politisch aktuell deutlich nicht mehrheitsfähig
- juristische und verfassungsrechtliche Probleme
- hohes Maß an zusätzlicher Bürokratie erforderlich
- Kostenfrage und Aufteilung der Kosten
- mit Einführung käme es unweigerlich zu einer Ausbildungslücke
- die Zielgruppe lehnt das Konzept stabil mehrheitlich ab

Problemfelder im Einsatz und Gewinnung von Nachwuchskräften

- Dienstpflichtige sind ungelernte Arbeitskräfte mit geringer Verweildauer
 - **hoher Anleitungs- und Bildungsbedarf**
 - **stark eingeschränkte Einsetzbarkeit**
- Motivation und Eignung können zum Problem werden
- ob ein Pflichtdienst der Rekrutierung von Auszubildenden zuträglich wäre und das Image sozialer Berufe stärken könnte, ist zumindest fraglich, hier punkten aktuell die Freiwilligendienste
 - **Freiwilligendienste stärken das Image der Einrichtungen und sozialer Berufe (peer-Effekte)**
 - **über 90% der Freiwilligen empfehlen ihre Einrichtung weiter**
 - **über 50% der Freiwilligen verbleiben dauerhaft im sozialen Bereich; im Rahmen von Ausbildung, Studium und/oder Ehrenamt**

Die Alternative – Freiwilligendienste stärken



Was macht einen Freiwilligendienst aus?

Praxiseinsatz in der Einsatzstelle

- 6 bis 18 Monate Dienstzeit in einer sozialen Einrichtung
- i. d. R. 39 Stunden Arbeitszeit / Woche
- 438,- Taschengeld (Obergrenze 2023)
- begleitet durch eine qualifizierte Praxisanleitung in der Einsatzstelle
- viele verschiedene Tätigkeitsprofile sind möglich, arbeitsmarktneutraler Einsatz

Pädagogische Begleitung durch den Träger im Freiwilligendienst

- Unterstützung im Vermittlungsverfahren
- 25 Bildungstage (i.d.R. in 5-tägigen Blockseminaren) bei 12 Monaten Dienstzeit
- Besuche in der Einsatzstelle und Unterstützung bei Krisen
- feste pädagogische Begleitung und umfangreiche Angebote zur Beratung und Unterstützung
- zielgerichtete Unterstützung in Sonderprogrammen (Förderbedarf, Sprachförderung, Incoming, ü27)

Lage der Freiwilligendienste in Deutschland und NRW

- bundesweit leicht sinkende Zahlen, insgesamt aber hohes / stabiles Niveau
- Fördersituation problematisch
 - **bundesweit unzureichende Förderung, zuletzt Förderkürzungen in Höhe von ca. 30 Mio. € bzw. 10% der Gesamtförderung auf Bundesebene, die sich ab 2024 auswirken**
 - **für 2025 stehen weitere Kürzungen auf Bundesebene (je nach Eckwertebeschluss ca. 35 Mio. €) an**
 - **desolate Fördersituation und bislang sehr wenig politischer Einsatz in NRW, aktuell gibt es aber etwas Bewegung (Ankündigung KiTa-FSJ, Ticket unterhalb 49 € für bestimmte Gruppen)**
- Geplante Flexibilisierungen
 - **Teilzeit in den Jugendfreiwilligendiensten**
 - **Anhebung der Taschengeldobergrenze**
 - **Möglichkeit auf Gewährung eines Mobilitätsgeldes außerhalb der Taschengeldzahlung**

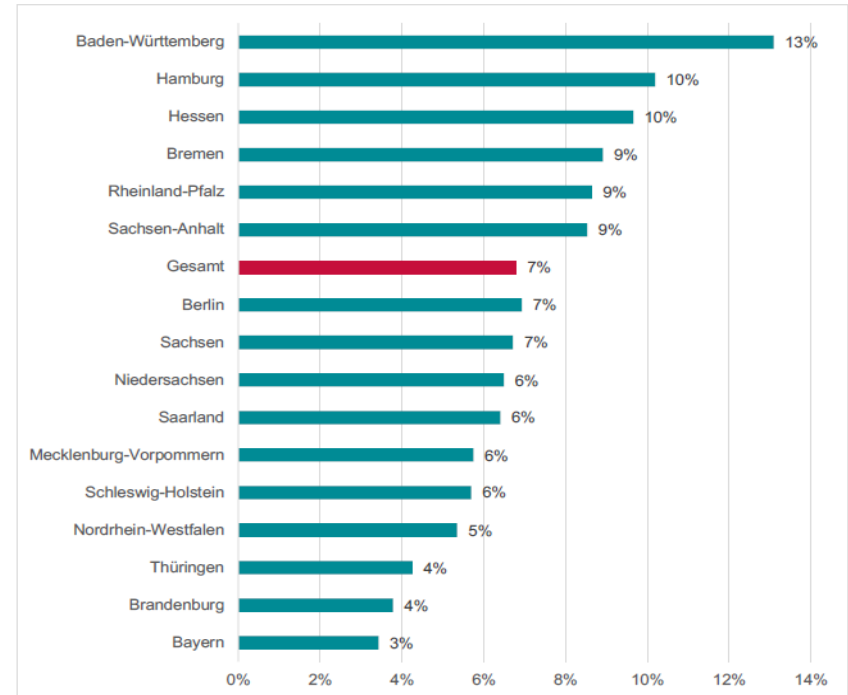
Einen Freiwilligendienst muss man sich leisten können

- über 30% der jungen Menschen geben an, dass sie sich einen Freiwilligendienst finanziell nicht leisten können (u-count, Erhebungszeitpunkt 2019)
 - **438 € Taschengeld reichen nur, wenn man nicht darauf angewiesen ist**
 - **Freiwilligendienstleistende müssen Ticket für ÖPNV von ihrem Taschengeld finanzieren**
 - **Wohnraum ist für Freiwillige i.d.R. kaum finanzierbar**
- das gilt auch für Einsatzstellen
 - **besonders in den Bereichen KiTa, OGS, Kinder- und Jugendarbeit gibt es auf Grund von Finanzierungsproblemen derzeit deutlich weniger Plätze als Interessent*innen**
 - **aktuell tragen Einsatzstellen und Träger zwischen 2/3 und 3/4 der Kosten für den Einsatz**

viel Potential für Freiwilligendienste in NRW (hier im FSJ)

- im Ländervergleich liegt NRW im Bereich Freiwilligendienste weit abgeschlagen
- in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz gibt es eine gute Zusammenarbeit mit der Landespolitik und eine landesfinanzierte Koordinierungs- und Vernetzungsstelle
- in allen drei Bundesländern gibt es Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Freiwilligen

Abbildung 7: Anteil der Teilnehmenden im FSJ an den Schulabsolvent:innen nach Bundesländern 2020



Quelle: BAFzA (FSJ-Statistiken), KMK (2020b), eigene Berechnungen

Huth, Susanne (2022): Freiwilligendienste in Deutschland. Stand und Perspektiven.

Weiterentwicklung der Freiwilligendienste

Einrichtungen und Träger müssen sich bewegen

- Einrichtungen müssen ein attraktives Umfeld und vielfältige Aufgabenprofile für Freiwillige bieten
- Freiwilligendienstträger müssen gezielt unterschiedliche Zielgruppen in den Blick nehmen, für die eine Anschlussperspektive im sozialen Bereich attraktiv sein kann (Freiwillige aus dem Ausland, ü27er, Freiwillige mit besonderem Förderbedarf, etc.)
- Nachwuchskräftegewinnung durch Freiwilligendienste muss stärker auf die Agenda von Einrichtungen und Trägern

Weiterentwicklung der Freiwilligendienste in NRW

Forderungen an die Politik

- Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst
- Einführung einer Landesförderung
 - **Refinanzierung Taschengeld (in angemessener Höhe) und Sozialversicherung**
 - **kostenlose Mobilität für Freiwillige**
 - **Beseitigung von (bürokratischen) Hürden, insbesondere für Benachteiligte**
 - **Öffentlichkeitsarbeit um Freiwilligendienste bekannter zu machen**
- Finanzierung einer Koordinierungsstelle
 - **Stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit**
 - **Trägerübergreifende Öffentlichkeitsarbeit**

Vielen Dank!

Mathias Schmitten

m.schmitten@diakonie-rwl.de

0211 6398-459